

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Wackerle, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. — Verlag von Hermann Fabian, Magdeburg. — Druck von Franz Seltzer, Magdeburg. — Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1367. — Redaktion: St. Ulrichstraße 8, Fernsprecher 961.

Prämienliste möglicher Abonnementspreise: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 90 Pf. — Der Preis für den Auslandsende (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 50 Pf., 2 Exempl. 2 Mk. 50 Pf. — In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. — Bei den Postanstalten 2 Mk. 25 Pf. — Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Illustrierte 10 Pf. — Insertionsgebühr die sechsstelligen Zeilen 15 Pf. — Postgebühren Nr. 6168

Nr. 206.

Magdeburg, Freitag den 4. September 1903.

14. Jahrgang.

Referendum und Reaktion.

Mr. Zürich, 31. August.

Am gestrigen Sonntage war im Kanton Zürich wieder einmal ein großer Abstimmungsstag, an welchem das souveräne Volk über vier Gesetze abzustimmen hatte. Um es gleich voraus zu sagen: der Tag wurde zu einem Ehrentage der Zürcher Demokratie; sein Ergebnis bedeutet einen großen, moralischen Erfolg der Sozialdemokratie. Und was das Resultat der Volksabstimmung deutschen Lesern besonders interessant machen wird, das ist die Wirksamkeit des Referendums als Schutz gegen Reaktion und Ungerechtigkeit, wofür der gestrige Volkenscheid eine prächtige Illustration darbietet.

Von den vier Gesetzesvorlagen, über die abgestimmt wurde, hat nur eine für deutsche Leser Interesse: das Verwaltungsgesetz für die Stadt Zürich. Wir haben schon früher einmal, in der Nr. 57 der „Volksstimme“ vom 8. März, über das Gesetz berichtet und wollen heute nur wiederholen, was zum Verständnis der Situation nötig ist. Als gerade vor einem Jahre die Zürcher Sozialdemokratie bei den Kantonsratswahlen im Arbeiterquartier Auferstiehl ihren glänzenden Wahlsieg errungen hatte, waren die bürgerlichen Parteien: Liberale und Demokraten darin einig, daß Wehnlisches für die Zukunft verhindert werden mußte. Ueber das Wie machte man sich nicht viel Kopfzerbrechen; dazu konnte man das neue Verwaltungsgesetz benutzen, mit welchem sich damals gerade der Kantonsrat beschäftigte. Für die Stadt Zürich, die aus vielen kleinen Gemeinden zu einer Großstadt von 150 000 Einwohnern zusammengeschmolzen ist, genügt das jetzige Verwaltungssystem nicht mehr. Alle Parteien sind sich darüber einig, daß

das Gesetz zu beschließen hatte, machte nun aus dem leidlich termünftigen Entwurf der kantonalen Exekutive ein Ausnahmegesetz für die Stadt Zürich. Er trieb den Kreis Auferstiehl auseinander in drei Kreise, um die sozialdemokratische Herrschaft über den Kreis zu beseitigen, er hob das alte demokratische Recht der Wahl der Lehrer durch das Volk, welches seit 1836 jeder Ort im Kanton hat, für die Stadt Zürich auf und betraute den Stadtrat mit der Lehrerverwaltung; er setzte an Stelle der heutigen Schulverwaltung mit ausgiebiger Beteiligung des Laienelements eine bürokratische Zentralschulpflege und war auch sonst noch in vielen Einzelheiten bemüht, dem großen städtischen Gemeinwesen Schranken zu setzen, an denen sich die in etwa einem Jahrzehnt zu erwartende sozialdemokratische Herrschaft in der Stadt stoßen sollte.

Bei der Beratung dieses Gesetzes im Kantonsrat gaben sich die Sozialdemokraten die redlichste Mühe, die Verschlechterungen fernzuhalten und ein Gesetz zu stande zu bringen, welchem auch die sozialdemokratische Partei zustimmen könne. Aber vergebens. Sämtliche Verbesserungsanträge von dieser Seite wurden meistens ohne Diskussion abgelehnt und bei der Gesamtabstimmung das Gesetz mit allen bürgerlichen gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Nur ein bürgerlicher Vertreter entzog sich der kompakten Majorität und stimmte mit den Sozialdemokraten. Wir haben damals, unter dem, wie der Schweizer so schön sagt, „bemühenden“ Eindruck, den die Behandlung des Gesetzes im Kantonsrat machte, unserer Meinung Ausdruck gegeben, daß die bürgerlichen Vertreter aus Haß gegen die städtische Bevölkerung alle Grundrechte der Demokratie preisgegeben, haben und geringe Hoffnung auf die Volksabstimmung gesetzt, weil wir annahmen, daß die bürgerlichen Wähler geschlossen hinter ihren Vertretern im Kantonsrat ständen und bei der Abstimmung die Stadt majorisierten. Die erstere Annahme halten wir auch heute noch für richtig; bei der letzteren aber haben wir uns erfreulicherweise getäuscht. Stärker als der Gegensatz zwischen Stadt und Land erwies sich das demokratische Gefühl, der Sinn für Recht und Gerechtigkeit auch bei der bürgerlichen Bevölkerung und mit 33 000 gegen 17 800 Stimmen wurde gestern das ganze Verwaltungsgesetz beschafft. Im ganzen Kanton Zürich hatte niemand ein solches Resultat vorausgesehen.

Bedeutungsvoller als die Ablehnung an sich, sind die Umstände, unter welchen sie erfolgte. Die beiden bürgerlichen Parteien traten geschlossen für das Gesetz ein, nur in Zürich machte sich bei den Demokraten Widerspruch geltend. Von der ganzen Bezirkspresse, die hierzulande zahlreiche und sehr einflussreiche ist, waren nur vier unbedeutende Blätter Gegner des Gesetzes. Diesen gegenüber stand nur die sozialdemokratische Partei, die in Wort und Schrift für die Verwerfung des Gesetzes eintrat. Die Gegner waren nicht sehr wählerisch in der Wahl ihrer Mittel. Ihre ganze Taktik beruhte auf der Entfesselung des roten Schreckens. Woche

für Woche ergingen sich die Blätter in Schilderungen der Gefahr, die entstände, wenn man den Sozialdemokraten in Zürich nicht rechtzeitig Zügel anlege. Gelogen und gefälscht wurde, als hätte sich die Zürcher Presse für ihre Verwaltungsgesetzkampagne Mar Lorenz ausgeliehen. Und trotzdem diese Niederlage, die durch nichts beschönigt werden kann. Das gab recht lange Gesichter gestern abend in den verschiedenen Weinstuben, in denen Liberale und „Demokraten“ zusammengekommen waren, um ihren Sieg zu feiern. Die Herren hatten sich ihrer Sache so sicher gefühlt, daß in einer Vorortsgemeinde sogar die Wölfer schon geladen waren, die zur Feier des Tages losgebrannt werden sollten.

Daß unter diesen Umständen der Ausfall der Abstimmung ein moralischer Sieg der Sozialdemokratie geworden ist, wird nun von keiner Seite mehr bestritten. Der rote Schrecken hat verjagt. Die Mehrheit auch der ländlichen Bevölkerung geht nicht mehr auf diesen Reim. Sie will nicht, daß eine Partei als „minderen Rechtes“ behandelt wird. Und was dem wahren Demokraten besonders wohl-tun muß, das ist die Abfertigung, welche der Angriff auf Grundrechte der Demokratie erfahren hat. Auch die ländliche Bevölkerung hat begriffen, daß es, wenn irgend wo, dann bei Angriffen auf die Volksrechte heißen muß: Wehret den Anfängen. Sie mußte, daß das, was heute der stadtbürgerlichen Bevölkerung gegenüber gelang, morgen vielleicht im ganzen Kanton Nachahmung finden würde. Das ist nun aber zur Unmöglichkeit geworden.

Und — als Letztes, aber nicht Schlechtestes — hat das Abstimmungsergebnis den Segen demokratischer Institutionen aufs neue erkennen lassen. Ein Segen natürlich nicht für die Reaktionäre. Bestände im Kanton Zürich ein Referendum, das die Sozialdemokraten für die Verwerfung des Verwaltungsgesetzes zu jenen hat, dann müßte ein strengeres Richter-Mildeitätsmaß fest er das Ergebnis langjähriger Mühen hinweg, wenn ihm das gut dünkt. Auch das Referendum hat Schattenseiten. Es kann Fortschritte erschweren und hat solche erschwert, aber es macht Rückschritte beinahe unmöglich. Und das wiegt manchmal schwerer als die Verlangsamung des Fortschritts. Solche Ergebnisse wie gestern, lassen es aber auch wieder begreiflich erscheinen, weshalb der Schweizer für gewöhnlich bei Wahlen so ruhiges Blut behält. Es ist sicher, wenn morgen Kantonsratswahlen wären, würden alle die, die dem Verwaltungsgesetz ihre Zustimmung gegeben haben, wiederkehren, obwohl ihr Verhalten nicht dem Willen der Wähler entsprach. Die Wähler wissen ja, daß sie die letzten Trümper immer in der Hand behalten und im Referendum ein Mittel haben, um die Beschlüsse des Rates zu korrigieren. Weshalb also sich viel Kopfzerbrechen darüber machen, wer im Kantonsrat sitzt, der in wichtigen Dingen ja doch nur beratende Körperschaft ist? Das ist keine erfreuliche Folge des Referendums, aber sie ist nun einmal da und erklärt bei Wahlen manches, was dem Augenstehenden, der nicht auf den Grund der Dinge dringt, sonderbar erscheint.

Die politischen Folgen der Verwerfung des Verwaltungsgesetzes bestehen vor allem in einer Vermehrung des sozialdemokratischen Einflusses. Die Kantonsratsmehrheit muß einsehen, daß wichtige Gesetze, die starke Meinungsverschiedenheiten ergeben, nur durchzubringen sind, wenn die Sozialdemokratie dafür ist. Das hat sich gestern zwar nicht zum erstenmal gezeigt, aber so deutlich doch noch nie. Diese Sprache werden wohl auch die härtesten Bauernschädel, von denen es im Kantonsrat eine Menge gibt, verstehen. Und hoffentlich werden auch die „Staatsmänner“ in der Sozialdemokratie, die hierzulande sehr zahlreich vertreten sind und teilweise sogar für das Verwaltungsgesetz eintreten wollten, weil es neben dem vielen Schlechten doch auch einige wichtige Verbesserungen enthielt, aus dem Volkenscheid die Lehre ziehen, daß das Volk für wahre, aufrichtige Vertretung demokratischer Gedanken größeres Verständnis hat als für staatsmännisches Geschäftemachen, bei dem gewöhnlich die „Staatsmänner“ über die Vögel harbiert und zugunsten kleiner Scheinerfolge wirkliche Volksinteressen verlegt werden. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 3. September 1903.

Wieder ein Entrüstungstelegramm des Kaisers.

Ein Telegramm des Kaisers, das nicht verfehlt wird, in weiten Kreisen Aufsehen zu erregen, wird jetzt bekannt. In Metz ist neuerdings wieder eine Typhusepidemie ausgebrochen, deren Ursache zweifelsohne in der

Verfälschung der Stadt mit ungenügendem Trinkwasser zu erblicken ist. Angesichts der Tatsache, daß die Epidemie in Metz schon mehrmals ausgebrochen ist, und angesichts der neuerlichen Erkrankungsfälle hat der Kaiser vor einigen Tagen folgendes Telegramm an den Statthalter Fürsten Hohenlohe-Langenburg gefandt:

Wiederum, wie in den letzten Jahren, ist in Metz, vorläufig in der Zivilbevölkerung, eine Typhusepidemie ausgebrochen, welche die Garnison ernstlich gefährden kann. Sie hat ihren Ursprung in der schlecht verwahrten „Bouillon-Quelle“ und ihrer in unerhörtem Zustand befindlichen Leitung. Diese Sachlage ist lediglich Schuld der Stadtverwaltung Metz, welche absolut nicht zu energischem Handeln bezüglich ihrer Wasserversorgung sich entschließen kann. Laut Meldung der Kommission, welche im Vorjahre die sanitären Verhältnisse in Metz und Umgegend untersuchte — darunter Eggelsen v. Leuthold und Koch — sind die Zustände geradezu himmelschreiend und empörend; trotz allen Drängens und Protestierens des Generalkommandos des 16. Armeekorps, welches andauernd auf die schwere Gefahr für das Militär hingewiesen und das Wasser als unbrauchbar bezeichnete, hat die Stadt nichts Ernstes getan! Das ist nun nicht länger angängig! Im Kriegsfalle würden diese Zustände eine Katastrophe unermesslich zur Folge haben. Ich ersuche Ew. Durchlaucht, umgehend mit den allerscharfsten Mitteln den Zuständen ein Ende zu machen und die Stadt zu ihrer Pflicht zu zwingen.

Wilhelm I. R.

Hierauf depechierte Fürst Hohenlohe nach dem „Berl. Tagebl.“ sofort an den Metzger Stadtvorstand, daß, wenn nicht schleunigst Abhilfe geschaffen würde, die Sanierungsarbeiten von der Landesverwaltung auf Kosten der Stadt in Angriff genommen werden würden. Am 30. August ging dem Statthalter vom Bürgermeister in Metz die Mitteilung, daß mit dem Kantonsrat die Verhandlungen über die Lage geführt zu haben. Aus Metz meldet nämlich der Draht:

Seit Dienstag abend herrscht hier große Wassernot. Infolge Ausschachtungsarbeiten wurden die Bouillon-Quellen, die die Metzger Wasserleitung speisen, abgestellt. Dienstag abend um 10 Uhr war in ganz Metz kaum ein Tropfen Wasser vorhanden. Die Hotels konnten die allernotwendigsten Bedürfnisse nicht befriedigen. Der Bezirkspräsident Graf Zeppelin hat aus diesem Grunde seinen Urlaub abgebrochen und ist hieher zurückgekehrt. Man hofft, bis Mittwoch abend eine interimistische Holzleitung fertiggestellt zu haben.

Zuzugeben ist, daß die kapitalistische Stadtverwaltung von Metz lediglich aus finanziellen Gründen Maßnahmen unterlassen hat, die zur Beschaffung gesunden Trinkwassers unbedingt notwendig waren und daß der Stadt Metz die schwersten Vorwürfe wegen ihres Verhaltens zu machen sind. Es ist in der Tat „himmelschreiend und empörend“, daß die Metzger Bourgeoisie in ihrer Engherzigkeit verschuldet hat, daß Hunderte von Menschen einer verheerenden Seuche anheimfielen. Andererseits wird das kaiserliche Telegramm zu vielfachen Erörterungen Anlaß geben.

Als das Zentrum in Bayern Kunstausgaben ablehnte, war die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes darüber entrüstet; als dann aber das Kaisertelegramm an den Prinzregenten veröffentlicht wurde, erregte die Einmischung des Kaisers in eine interne bayerische Angelegenheit im deutschen Volke vielfache Meinungsäußerungen, welche der Zentrumspartei sehr genehm waren. Vielleicht wird man es jetzt auch in Kreisen, die ebenso sehr wie der Kaiser das Verhalten der Metzger Bürgererschaft mißbilligen, keineswegs verdammen, wenn die Metzger Bourgeoisie Rückgrat zeigt und der Ausführung eines Befehls Schwierigkeiten entgegensetzt.

Zu dem neuen Telegramm des Kaisers wird es vielfach auffallen, daß Wilhelm 2. hauptsächlich die Notwendigkeit besserer Wasserversorgung für die Garnison betont. Die Garnison hat indes keinerlei Befugnis, die städtischen Verhältnisse zu beeinflussen. Wenn der Kaiser die Verhältnisse in den elsass-lothringischen — und nicht nur in diesen — Kommunen bessern will, würde er gut tun, die reichsgesetzliche Einführung des gleichen Wahlrechts für die Gemeindeverwaltungen anzuregen. Sicher würde nach Demokratisierung der Kommunen die öffentliche Gesundheitspflege ohne allerhöchsten Befehl gebessert werden. —

Die Eröffnung des deutschen Städtetages.

In Dresden wurde am Mittwoch der deutsche Städtetag eröffnet, auf dem 159 Städte vertreten sind. Wir entnehmen dem „Vorwärts“ über die Eröffnungsfeier folgenden Bericht:

Nach den üblichen Begrüßungen hielt Oberbürgermeister Adickes aus Frankfurt a. M. einen mit vielen Witz und übergeipichten Vortrag über „Die sozialen Aufgaben der Städte“, worüber folgender Bericht vorliegt:

Es ist kein Zweifel, wir befinden uns im Zeitalter der sozialen Entwicklung und des sozialen Fortschritts. Angesichts der schroffen sozialen Gegensätze, die unser öffentliches Leben beherrschen, ist es Pflicht der Gemeindeverwaltungen, ohne jede Vorbehaltenheit alle Vorschläge, von we-

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

14. Oktober 1902 bis 30. April 1903.

Die dritte Beratung war am Sonntagabend den 13. Dezember anberaumt. Es wurde schon vor Beginn der Sitzung (10 Uhr 20 Minuten vormittags) bekannt, daß die Mehrheit die „Veratung“ des gesamten weitgeschichtigen Gesetzes noch an demselben Tage beenden wollte, weil sie befürchtete, in der nächsten Woche würden ihre Anhänger nicht mehr zusammenzuhalten sein. Seitens der Mehrheit war ein Antrag Gerold und Genossen eingebracht, nach der die Mindestsätze der Regierungsvorlage für Roggen (5 Mark), Weizen und Spelz (5,50 Mark), Hafer (5 Mark) wiederhergestellt und statt des Mindestzollsatzes für „Gerste 3 Mark“, „Malzgerste 4 Mark“ eingesetzt war. Er enthielt den seit 14 Tagen mit der Regierung abgeschlossenen Kompromiß. Unsererseits war beantragt, dem § 1 Absatz 1 den in der Sitzung vom 11. Dezember eingebrachten und belebten Zusatzantrag zum Antrag von Kardorff hinzuzufügen (also die 466 Änderungen zu beschließen) und die zur Tarifstellen 1, 2, 3, 4, 92, 102, 103, 105 und 107 eingesetzten Zollsätze durch das Wort „frei“ zu versehen. Weitere 17 Anträge wiederholten die wesentlichen zu dem Tarifgesetz in zweiter Lesung gestellten Anträge.

Ein Antrag auf Schluß der Generaldiskussion wurde gestellt und mit 206 gegen 118 Stimmen angenommen. Durch diese Vergewaltigung wurden mehrere unserer zur Generaldiskussion gemeldete Redner an ihren Ausführungen gehindert.

Von unserer Seite wurde vor Beginn der Spezialdiskussion beantragt:

Der Reichstag wolle beschließen:

Ueber jeden einzelnen Artikel der in § 1 Absatz 1 des Zolltarifgesetzes in bezug genommenen endgültigen Beschlüsse der 16. Kommission der Reihenfolge nach in Gemäßheit der §§ 19 und 20 der Geschäftsordnung die Diskussion zu eröffnen und die Abstimmung vorzunehmen.

Der Antrag wurde mit 220 gegen 95 Stimmen abgelehnt und damit auch für die dritte Lesung einer verfassungs- und geschäftsordnungswidrigen En bloc-Abnahme zugestimmt. Es wurde dann von unserer Seite beantragt, wenigstens vor der Weiterberatung die in Absatz 1 des § 1 in bezug genommenen endgültigen Beschlüsse der 16. Kommission zur Verlesung zu bringen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Zu der Spezialdiskussion über den § 1 hatte sich sofort ein Mitglied der Fraktion gemeldet. Vor ihm wurde das Wort jedoch zwei andern Rednern erteilt. Die Mehrheitspartei beabsichtigte, nur noch einem zum Worte gemeldeten Mitglied der Volkspartei das Wort erteilen zu lassen und dann die Debatte zu schließen, unserm Redner also das Wort abzuschneiden. Als der zweite, später als unser Redner gemeldete Redner — von Kardorff — das Wort ergriff, schrieb der Schlussantragsteller der Mehrheit den Schlussantrag nieder. Herr von Kardorff sprach sehr kurz — er hatte dem Hause nur mitzuteilen, daß er sich mit dem Bunde der Landwirte bei Gelegenheit der Statberathung rufen wolle — der Schlussantrag konnte nicht dem Präsidenten überreicht werden; Herr von Kardorff schloß plötzlich nach etwa zwei Minuten seine Bemerkungen. Der über die Vereinbarungen der Mehrheitspartei noch nicht unterrichtete Präsident — zu Beginn der Diskussion leitete der Vizepräsident die Verhandlungen — erteilte unserm Redner um 4 1/2 Uhr das Wort. Der Schlussantragsteller der Mehrheit warf seinen Schlussantrag gerührt zu Boden. Die Zöllner unterhielten sich so lebhaft darüber, was daran Schuld trüge, daß unser Redner das Wort erhalten hatte, daß ihre Unterhaltung auf unsern Seiten zu hören war; „er hat ja nur aus Juxum das Wort erhalten“ war der ständige Beruhigungsrefrain ihrer lauten Unterbrechungen des Redners.

Dann folgte in achtstündiger, sachlicher Rede Antritts eine Schilderung der verheerenden Wirkungen des Zolls bei einer Reihe von Positionen, insbesondere Reis, Delfrüchte, Holz, Obst, Schweinefleisch, Schmalz, Eisen.

Die Mehrheit versuchte wiederholt, den Redner durch Plegelen zu fesseln. Den energischen Zurufen der Linken gelang es, ihn und wieder den Präsidenten zu veranlassen, Ruhe für den Redner zu schaffen.

Als unser Redner mit der Versicherung geschlossen hatte, daß die Fraktion bis zum letzten Augenblick auf dem Posten bleiben werde, um der Vorlage entgegenzutreten und die verheerenden Wirkungen der Zölle wenigstens für die außerhalb des Reichstags befindlichen Marktzustellen, ging die Mehrheit zu weiteren Vergewaltigungen über.

Zunächst wurde die Debatte über § 1, der den gesamten Tarif umfaßt, geschlossen und dadurch mehreren von unserer Seite zum Worte gemeldeten Rednern das Wort abgeschnitten. Von unserer Seite wurde nunmehr ein Antrag gestellt, über den Antrag der Abg. Gerold und Genossen und über sämtliche zum § 1 gestellten Anträge zu einfachen Tagesordnung überzugehen. Von den Mehrheitspartei beantragte der Abgeordnete Spahn, über die zu § 1 des Zolltarifs gestellten Anträge mit Ausnahme des Antrags Gerold zur Tagesordnung überzugehen. Nachdem der Antrag der Mehrheit angenommen war, erhielt ein Fraktionsmitglied das Wort zur Begründung des Antrages auf Uebergang zur Tagesordnung über den Kompromißantrag Gerold. Die Redezeit wurde ihm entgegen der Geschäftsordnung und entgegen selbst der vom Präsidenten am 10. Dezember gegebenen Auslegung des neuen § 44 auf 5 Minuten beschränkt, wiewohl der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung sich auf einen Antrag mit materiellem Inhalt bezog. Unser Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wurde abgelehnt, der Kompromißantrag Gerold mit 199 gegen 106 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Nunmehr beantragte der Abgeordnete Spahn namens der Mehrheit, die Diskussion über die weiteren Teile des Gesetzes im Ratsch vorzunehmen und demgemäß die §§ 1a bis 12 des Zolltarifs nebst den dazu gestellten Anträgen sowie den von uns gestellten Anträgen nebst der Ueberschrift und den Einleitungsworten des Zolltarifs in der Diskussion zu verbinden. Der Präsident ließ die Abstimmung über diesen Antrag, wiewohl er nicht unterstützt war, zu. In der dann über den gesamten Rest des Gesetzes eröffneten Diskussion nahm ein Redner der Mehrheit zu einigen Ausführungen das Wort. Während seiner Rede war von unserer Seite ein dahingehender Antrag eingereicht:

Der Reichstag wolle beschließen, als § 12a folgende Bestimmung zuzufügen:

Für die nachgenannten Waren dürfen die durch den ersten Absatz des § 1 festgesetzten und in den endgültigen Beschlüssen der 16. Kommission enthaltenen Zollsätze in Handelsverträgen oder andern verträglichen Abmachungen nicht über die beigefügten Sätze eingestuft werden:

- Tariffstelle 5, Buchweizen: 2 Mark für einen Doppelzentner;
- Tariffstelle 6, Hirse: 1 Mark für einen Doppelzentner;
- Tariffstelle 7, Mais und Vari: 2 Mark für einen Doppelzentner;
- Tariffstelle 9, Malz: 4 Mark für einen Doppelzentner;
- Tariffstelle 11, Speisebohnen, Erbsen, Linsen: 2 Mark für einen Doppelzentner;
- Tariffstelle 12, Futterbohnen, Lupinen, Widen: 2 Mark für einen Doppelzentner.

Auf diesen, nach dem Ratsch Antrag des Abgeordneten Spahn eingereichten, noch nicht unterstützten, auch noch nicht zur Debatte gestellten Antrag konnte sich der Antrag Spahn, der die Diskussion nur bis § 12 verbinden wollte, unmöglich beziehen.

Der Antrag Spahn wurde schließlich angenommen. Es verzögerte nun die Fraktion darauf, für die ferneren Positionen des Zolltarifs bereits vorbereitete Anträge, die in ähnlicher Weise wie § 12a Erhöhungen über die Höhe der Sätze in den geltenden Handelsverträgen hinaus unterlagten, zu stellen. Nachdem die Mehrheit und ihr Präsident gezeigt hatte, daß sie keinerlei Berücksichtigung der Geschäftsordnung mehr achtete, die eine sachliche Verhandlung ermöglichten, wäre der weitere Versuch nutzlos gewesen. Es erfolgte in der Sitzung nur noch eine Reihe namentlicher Abstimmungen. Die nach der Geschäftsordnung erforderliche Zusammenstellung der Beschlüsse dritter Lesung wurde um 4 Uhr morgens des 14. Dezember verteilt; sie datierte vom 13. Dezember, das Datum war mit Tinte durchstrichen und in das Datum des 14. Dezember umgewandelt. Das so gestaltete Zolltarifgesetz wurde mit 202 gegen 100 Stimmen angenommen. Die Sitzung wurde um 4 Uhr 35 Minuten morgens geschlossen.

Was hat die Mehrheit als Erfolg ihres fortgesetzten Bruchs der Geschäftsordnung und der Verfassung, ihres Sturmlaufs gegen die Grundlagen jeglicher parlamentarischen Verhandlungen und ihres unerbittlichen Strebens nach materiellen Vorteilen für die Großkapitalisten erreicht? Die von der Mehrheit des Reichstags gutgeheißene Sonntagsarbeit stellt ein mit den wunderbarsten Widersprüchen behaftetes Gesetz dar, dessen formelle Reichstags zum mindesten zweifelhaft ist und dessen materieller Inhalt nicht eine Bedrohung des Auslandes, sondern eine ungeheure Belastung der Lebensinteressen Deutschlands darstellt. Würde es in Wirklichkeit jeht, so wäre jede Regierung nach kurzer Zeit gezwungen, es wieder zu beseitigen: die Signatur des in dem Weitefieber zusammengebrochenen Zolltarifs ist die völlige Unbrauchbarkeit von jedem Zinnesstandpunkt, vor allem vom Standpunkt der Allgemeinheit aus. Mit diesem Erfolg kann die Zollopposition zufrieden sein.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales.

Wo wohnen die Sozialdemokraten? Ueber „sozialdemokratische Mitläufer“ teilt die „Berl. Volksztg.“ folgende lehrreiche Einzelheit mit: „Es sind bei der letzten Reichstagswahl im 30. Bezirk in Piel für den Freisinn nur 57, für die Rechtsparteien 96, das Zentrum 3, für die Sozialdemokratie aber 121, also fast 44 Prozent aller Stimmen abgegeben; und dies in dem vornehmsten Bezirk der Stadt. Er setzt sich, abgesehen von der nur sechs kleine Häuser zählenden Kasernenstraße, zusammen aus den aller vornehmsten Villenstraßen: Düsternbrookerweg, Schwanteweg, Klaus Groth-Platz, Bischer-Allee. In dem ganzen Bezirk dürften kaum 20 Arbeiter, Handwerker, kleine Beamte wohnen; auch das wahlberechtigende Dienstpersonal wird nicht mehr Köpfe zählen — und doch 121, fast die Hälfte der abgegebenen Stimmen sozialdemokratisch! Dieses Resultat, das auf den Wahlvorstand höchst verblüffend wirkte, erregte in der Stadt das größte Aufsehen. Es war klar, daß hier der größte Teil der sozialdemokratischen Stimmen nicht von Arbeitern oder kleinen Beamten abgegeben worden war, sondern aus den „höheren“ Kreisen stammten mußte. Dasselbe muß auch in andern Bezirken der Fall gewesen sein, wenn es sich dort auch nicht so klar nachweisen läßt.“

Neuer städtischer Krach in Altenburg.

Neue Zustände bestehen in der Stadtverwaltung von Altenburg. Die dortige „Volkszeitung“ berichtet darüber: Uns war seit einiger Zeit bereits bekannt, daß sich der Stadtbaumeister Elberling abermals einen erheblichen Betrag für „Dienststreifen“ nach der neuen Kaserne (die nur wenige Minuten von seiner Wohnung entfernt ist!) hat auszugeben lassen. Die Sache steht aber bei Lichte besehen noch viel bedenklicher aus. Im Jahre 1901 kam die Geschichte auf mit den 6600 Mark und mit 19 gegen 16 Stimmen hatte es der Bürgervorstand abgelehnt, von Elberling die Herauszahlung des Geldes zu verlangen. Der Oberbürgermeister erklärte feierlich, daß er sich diesen Vorfall zur Wahrung dienen lassen werde und damit schien die Sache, wenn auch zum Nachteil der Steuerzahler, aus der Welt geschafft. Jetzt stellt sich bei der Prüfung der Kammereffassenrechnung pro 1901 heraus, daß, nachdem der Krach im Bürgervorstand war, nachdem Herr Schwald erklärt hatte, er werde sich diesen Fall zur Warnung dienen lassen, dieser selbe Oberbürgermeister dem Stadtbaumeister Elberling abermals Geld für „Dienststreifen“ nach der neuen Kaserne angewiesen hat und zwar in drei Posten den Betrag

Fenilleton.

Redaktion verboten.

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Bloß.

(35. Fortsetzung.)

„Schön, daß Sie kommen,“ sagte Frau Binder zu Thiel, „was bringen Sie Gutes?“

„Ich wollte Ihnen dazu gratulieren, daß ich Ministerialsekretär geworden bin,“ sagte Thiel.

„Sie schätzen doch immer,“ sagte Frau Binder, „Aber ich freue mich, daß Ihre Talente endlich Anerkennung gefunden haben.“

Thiel hielt es für das Beste, mit der Hofbandagistin auf gutem Fuß zu bleiben und das Vergangene nicht aufzurühren. Er küßte ihr galant die Hand.

Kasennmayer fühlte sich im durchbohrenden Gefühle seiner geringfügigkeit die Höhe hinabkollern, welche Thiel emporgestiegen war.

Er trat auf Thiel zu und sagte: „Ich gratuliere herzlich.“

„Sehr verbunden!“ erwiderte Thiel.

„Darf ich vielleicht hoffen, daß unter der neuen Regierung auch mir eine entsprechende Beschäftigung zuteil wird, und kann ich auf Ihre gütige Fürsprache rechnen? Ich möchte so gern meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen.“

„O, Ihre Verdienste sind anerkannt,“ erwiderte Thiel, „man vergißt nicht, daß Sie so eifrig bemüht waren, die „Ordnung“ wiederherzustellen, und daß Sie sich schon auf die blauen Wölkchen freuten, die dem Volke zugedacht waren. Der Lohn für ihre Taten kann nicht ausbleiben.“

Kasennmayer schiederte dem neuen Ministerialsekretär einen milden Blick zu und stürzte hinaus.

Gleich darauf kam der Herr Hofbandagist herein, der von den vorgegangenen Veränderungen in den Ministerialämtern nur ungenügend unterrichtet war. Als er Thiel sah, gedachte er der Weisungen, die ihm seine gestrenge Oberobrig-

keit gegeben, und fiel ihm mit dem Grimm eines losgelassenen Kettenhundes an.

„Drängen Sie sich schon wieder ein, Sie unverschämter Mensch? Machen Sie, daß Sie hinauskommen!“

„Schweige, Schafskopf,“ sagte Frau Binder drohend.

„Du bleibst dein Leben lang ein Laps.“ Und zu Thiel gewendet, fuhr sie fort:

„Man muß ihm solche Dinge zugute halten; er hat keinen übermäßig scharfen Verstand.“

Thiel mußte laut auflachen; Frau Binder aber wendete sich wieder zu ihrem Mann und sagte majestätisch:

„Wir sind nämlich Ministerialsekretär geworden!“

„Ah,“ sagte der Hofbandagist sich tief verbeugend, „ich bitte viel tausendmal um Entschuldigung. Ihr ergebener Diener, Herr Sekretär!“

13. Kapitel.

Die Proletarier.

Gleich nach dem Siege des Volkes war die Volksbewaffnung eingerichtet worden. Der neue Ministerialpräsident hatte zu diesem Zweck sofort fünfzehnhundert Gewehre und drei Geschütze aus dem kaiserlichen Zeughaus entnehmen lassen.

Die Volksbewaffnung, welche den Bestand der Märzerrungenchaften gegenüber etwaigen Angriffen reaktionärer Gewalten sichern sollte, war eine der vielen Illusionen des Jahres 1848. Sie war weniger eine Volks-, als eine Bürger-, resp. Spießbürger-Bewaffnung. Die Arbeiter waren davon fast gänzlich ausgeschlossen. Diese wollte man überhaupt nicht bewaffnen, denn das konnte gefährlich werden, und ohnehin ließ ihnen der Erwerbszwang keine Zeit zum Militärspielen. Exerzieren und Schilddwachezeiten übrig.

Zunächst ward eine Truppe Bürgerwehr aus solchen Bürgern gebildet, die beim Militär gedient hatten. Da man keine Pferde für die höheren Offiziere hatte, so sandte man eine Deputation nach dem kaiserlichen Marstall, um dort Pferde holen zu lassen. Der Oberstallmeister von Landshaden weigerte sich erst entschieden, Pferde herzugeben.

„Serenissimus brauchen Höchstihre Pferde selber,“ sagte er.

„Ach was,“ sagte der dicke Schlächtermeister, der im Schlosse die Modelle zertrümmert hatte, „Serenissimus sollen auf Höchstihren Prinzipien herumreiten!“

Schließlich wurden die Pferde herausgegeben. Serenissimus waren zwar darüber höchst erobert, geruhten aber ein Auge zuzudrücken.

So war nunmehr auch die Bürgerschaft für die neue Freiheit vorhanden; wenigstens glaubte man das.

Mehrere Tage dauerten der Jubel und die Ausgelassenheit fort, und die guten Bürger waren unmaßig stolz auf die neu errungene Freiheit, während die Proletarier genau so „schustern“ mußten wie zuvor, und manchmal schlechter als sonst bezahlt wurden, da der Geschäftsgang in solchen kritischen Zeiten immer ein flauer zu sein pflegt.

Einige Tage nach der Einsetzung der neuen Regierung befand sich die Residenz wieder in großer Aufregung. Ein Flugblatt war in Tausenden von Exemplaren verteilt worden. Die unbekanntem Verfasser hatten von der neuen Pressefreiheit den ausgiebigsten Gebrauch gemacht. So etwas hatte man bisher im Reiche Erichs des Neunundneunzigsten nicht gedruckt gesehen. Das Flugblatt war gegen Solo gerichtet und forderte die Bürger mit den heftigsten Ausdrücken auf, die „spanische S—e“, die den Schweiß des Landes verpasse, davonzujagen. Solange diese fremde Abenteuerin im Lande sei und ihre Ränke spinne, könnten die guten Bürger auf eine wirkliche Freiheit nicht hoffen.

„Das haben die vom Adel getan!“ rief Thiel, als er das Flugblatt gelesen hatte. „Die wollen eben eine ihrer Töchter an die Stelle der Spanierin bringen.“

Gegen Mittag sah man starke Menschenansammlungen auf den Straßen. „Zum Teufel mit der Spanierin! Nieder mit der Raitresse! An den Galgen mit der Blutsaugerin!“ So schollen die Rufe durch die Stadt, und eine riesige Menschenmenge strömte vor dem Ministerium zusammen. Die neugebildete Bürgerwehr stand Gewehr im Arm vor dem Ministerialgebäude; eine Abteilung hatte Solos Haus besetzt.

(Fortsetzung folgt.)

morgen abend eine interimistische Holzleitung fertiggestellt zu haben.

Ein netter Güter der Ordnung.

Der Bureaubeamte Fuhrmann in Effen, der bis vor kurzen Fuhrmann und als solcher bei Gattungen stationiert war, ist unter dem Verdachte, an einem Einbruchsdiebstahl beteiligt gewesen zu sein, verhaftet und nach Effen in Untersuchungshaft abgeführt worden.

Kleine Tageschronik. Der Landwirt Richard Koch aus Wetzlar bei Gießen, der verdächtig ist, dort die von ihrem Manne getrennt gewesene Frau Maria Schmidt in ihrem Schlafjammern überfallen und ermordet zu haben, ist verhaftet worden.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg. Ferien-Strassammer. Sitzung vom 2. September 1903.

Eine Freisprechung. Die Gesinnung des Arbeiters Christian Schulze, Wilhelmine geb. Bräunemann zu Bismarck ist nach dem Urteil vom 1. Oktober 1900 alsbald freigesprochen worden.

Wesche ein Verschulden der Angeklagten nicht sei, weshalb Freisprechung erfolgte.

Fahrlässige Körperverletzung. Der Fleischerlehrling Paul Käder hier, geboren 1886, fuhr am 25. Mai d. J. mit einem Fleischwagen im Trabe über eine Straßenecke und stieß dabei einen französischen alten Mann, der inzwischen gestorben ist.

Tätliche Beleidigung. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Knecht Joseph Bonrath zu Feldeleben, geboren 1882, wegen tätlicher Beleidigung eines 14 Jahre alten Mädchens mit 3 Tagen Gefängnis bestraft.

Gewerbegericht Halberstadt.

Sitzung vom 29. August 1903.

Vorsitzender: Stadtrat Lucas. Seifner; Fabrikbesitzer Pideri, Labalarbeiter Karl Künne.

Es klagt der Hausdiener Hartmann gegen den Kaufmann Weisenborn wegen unrechtmäßiger Entlassung. Durch Zeugen wurde bewiesen, daß Kläger sich beharrlich geweigert habe, die ihm obliegenden Arbeiten auszuführen.

Die Rauere Döber, Schreiber Lanich und Schmitz klagen gegen den Raumermeister Pirre wegen Entlassung resp. vorläufigen Aufgebots. Durch die Verhandlung wurde erzielt, daß sich die Parteien einigen. Beklagter zahlt jedem der Kläger 10 Mark und stellt dieselben sofort wieder in Arbeit.

Der Koppelnreißt Zacharias klagt gegen den Pferdehändler Richter wegen rückständigen Lohnes, sogenannten Halftergelbes. Beklagter erklärt sich bereit 8 Mark zu zahlen. Hiermit ist Kläger einverstanden.

Vereine und Versammlungen.

Wäcker.

Am Donnerstag den 27. August tagte im „Dreikaiserbund“ eine gut besuchte öffentliche Wäcker-Versammlung. Der Referent, Kollege Heschold-Berlin, führte etwa folgendes aus: Vor vierzig Jahren lagte einmal Laßalle, daß man vor englischen Arbeitern über die schlechte Lage, in der sie sich befinden, reden könne, den deutschen müsse man erst klar machen, daß sie sich in einer solchen befinden.

Nachdem man noch eine lebhafte Diskussion hatten gefunden habe, wurde die gut besetzte Versammlung geschlossen.

Vereins-Kalender.

Arb.-Rath-Verein Magdeburg, Abt. „Stern“, Eubenburg. Jeden Donnerstag Sonntag u. Sonntag in der „Berst. Bierh.“

Briefkasten.

R. G., Gaterleben. Die Rechtsanwaltsgebühren betragen in einem Prozeß wegen 50 Mark (wenn weder Zeugen vernommen noch Urkunden zum Beweise vorgelegt worden sind und wenn mit dem Klienten kein höheres Honorar schriftlich vereinbart war) 6 Mark und die Auslagen. Die Anzahl der Termine hat auf die Höhe der Gebühren keinen Einfluß.

H. L., Halberstadt. Dr. Brill, Kaiserstraße 28, I. Dr. Daniel, Breitenweg 271, I. Dr. Entz, Regierungsstr. 28, II. Abbonentia, Eubenburg. Nach dem Tode der Frau erbt der Mann das Hausgerät. Wenn Sie Ihrer verstorbenen Mutter einen Bettbezug verlassen haben und diesen Ihr Stiefvater nicht herausgeben will, so verklagen Sie ihn auf Zurückgabe und falls er ihn nicht mehr besitzt, auf Schadenersatz.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 17.00-21.00. Speisebohnen (weiße) 21.00-26.00. Linfen 17.00-27.00. Kartoffeln 4.50-5.50. Nichtstroh 4.00-4.50. Krummstroh 3.00 bis 3.50. Heu 6.00-7.00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1.03-1.10, von der Keule 1.40-1.60. Bauchfleisch 1.20-1.30, Schweinefleisch 1.30-1.40, Kalbfleisch 1.20-1.30, Hammelfleisch 1.20-1.30. Speck (geräuchert) 1.50-1.60. Eßbutter 2.20-2.60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3.40-4.00.

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 17.00-21.00. Speisebohnen (weiße) 21.00-26.00. Linfen 17.00-27.00. Kartoffeln 4.50-5.50. Nichtstroh 4.00-4.50. Krummstroh 3.00 bis 3.50. Heu 6.00-7.00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1.03-1.10, von der Keule 1.40-1.60. Bauchfleisch 1.20-1.30, Schweinefleisch 1.30-1.40, Kalbfleisch 1.20-1.30, Hammelfleisch 1.20-1.30. Speck (geräuchert) 1.50-1.60. Eßbutter 2.20-2.60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3.40-4.00.

Wasserstände.

+ bedeutet über - unter Null.

Table with columns for location (e.g., Harbubitz, Brandeis, Melmit), date, and water level change (+0.22, -0.08, etc.).

Presse-Kommission! Donnerstag 8 Uhr Sitzung bei Albert Bater, Knochenhauererstr. 27/28.

Advertisement for Robert Schweichel, a bookseller. Text includes 'Buchhandlung', 'Volkstimme', 'Billige gute Lektüre!', 'Sein oder Nichtsein!', 'Der Artichwinger', 'Der Seelenbändiger', '20000 Jahre unter dem Eise', 'Es giebt keinen Teufel', 'Aus der Gründerzeit', 'Aus Mitleid'.

Advertisement for Richard Göthling, upholsterer. Text includes '3jährige schriftliche Garantie', 'Möbel und Polsterwaren', 'Polsterwerkstatt', 'Richard Göthling, Tischlermeister', 'Neustadt Wittigstr. 41 Neustadt', 'Sarg-Magazin'.

Advertisement for Bernh. Brehmer, stationery and printing. Text includes 'Billigste Bezugsquelle', 'Haushaltungsfartikel', 'Bernh. Brehmer', 'Eubenburg, „Eiffeltürm.“', 'Herrnringstr. 3.90 M', 'Stadtesamt', 'Magdeburg, 1. September'.

Advertisement for births and deaths in Neustadt. Text includes 'Charlotte Marie Martha Schnee', 'Geburten: Erna, S. des Schmieds Herrn Landon...', 'Todesfälle: Wally, S. des Tischlers Ernst Degen...', 'Neustadt, 2. September'.

Marineverwaltung und gegen das Offizierkorps schwere Anklagen erhoben hatte, wurde nach Mitteilung des W. L. D. am Mittwochabend das Urteil gefällt. Die Offiziere wurden mit ihrer Klage abgewiesen und zur Tragung der Kosten verurteilt, weil die Angriffe des „Avanti“ sich nicht gegen sie persönlich, sondern gegen das Offizierkorps und die Marineverwaltung im allgemeinen richteten. —

Norwegen.

Der erste Sozialdemokrat im norwegischen Parlament.

Bei der Wahl des Storting's Abgeordneten für die Nordlandstädte Tromsø, Bobø, Narvik, die am Montag stattfand, wurde nach dem „Vorwärts“ der Sozialdemokrat Rebaater Berg mit 45 Stimmen gewählt. Der bisherige Vertreter, der radikal-liberale Rektor Forst, erhielt 27 Stimmen. —

Amerika.

Die Gruseligmacher

wissen wieder von einem „Attentat“ zu erzählen. Ueber New-York kommt die Meldung, daß Geheimagenten auf der Besichtigung des Präsidenten Roosevelt einen Mann festgenommen haben, bei dem ein geladener Revolver gefunden wurde und der auch sonst recht verdächtig aussah. Es handelt sich um einen Jesuiten. — Wenn ein Jesuit in eine Wohnung eindringt, so bedeutet das natürlich kein politisches Attentat. —

Kleine politische Nachrichten. Der „Nationale Verband zum Studium der Verhältnisse des Mittelstandes“ hat sich in Stuttgart endgültig konstituiert. — Von der Vergewaltigung Finlands durch Rußland wird aus Helsinki gemeldet, daß der Polizeibürgermeister in Wiborg Soderhjelm, der frühere Polizeibürgermeister Edelson und der Oberleutnant Aminon aus Finnland ausgewiesen worden sind. — Der Gouverneur der Kapkolonie hat die Sitzungen des Parlaments mit Rücksicht auf die Kabinettstürze bis zum 15. d. M. vertagt. —

Aus der Parteibewegung.

— **Gegen die Wahl** des Nationalliberalen Dr. Böttger im 19. hannoverschen Wahlkreis werden unsere Genossen Protest einlegen. —

Der Oberpostsekretär Richard Wagner von Hanau, gegen den bekanntlich vor kurzer Zeit wegen sozialdemokratischer Gesinnung ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde, ist in die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ eingetreten. —

Majestätsbeleidigungsprozesse und kein Ende. Der verantwortliche Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genosse Lütich in Leipzig, und der verantwortliche Redakteur der „Altenburger Volkszeitung“, Genosse Hellmann in Altenburg, wurden wegen Majestätsbeleidigung verhaftet. Die „Leipziger Volkszeitung“ hatte aus einem Wiener Blatte eine Meldung über den Tod eines angeblichen Verwandten des deutschen Kaisers übernommen und die „Altenburger Volkszeitung“, die zum Teil aus dem Sage der „Leipziger Volkszeitung“ hergestellt wird, hatte die Notiz gleichfalls aufgenommen. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 3. September 1903.

— **Vortrag.** Am 17. September wird Dr. Fug Berlin im „Luisenpark“ einen naturwissenschaftlichen Vortrag über „Die Entstehung der norddeutschen Landschaft“ halten. Die Mitglieder derjenigen Gewerkschaften, die dem Kartell angehören, haben gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches freien Zutritt zu diesem Vortrag. Alle übrigen Besucher müssen 25 Pfg. Entree zahlen. Wir bitten die Gewerkschaftsvorstände, schon jetzt ihre Mitglieder für den Besuch der Versammlung zu interessieren.

Der Kartellvorstand.

— **Eine Explosion von Feuerwerkskörpern,** wobei drei Personen schwer verletzt wurden, ereignete sich am Mittwoch nachmittag um 4 Uhr in der Wilschicht-Fabrik von Giese, Harsdorferstraße 6. Dort war eine Arbeiterin da-

mit beschäftigt, eine Anzahl Feuerwerkskörper in ein Paket zu packen, als plötzlich der gesamte Inhalt aus einer noch nicht aufgeklärten Ursache explodierte. Der Geschäftsführer und zwei Arbeiterinnen zogen sich hierbei schwere Brandwunden, besonders im Gesicht, den Armen, Brust und Rücken zu. Während der erstere schwer im Stahlenbergstift daniederliegt, sind die beiden Arbeiterinnen Meta Wenzel und Anna Tiegel, letztere ist verheiratet, nach dem altstädtischen Krankenhaus gebracht worden. —

— **Schneller Tod.** Vom Schläge getroffen wurde am Mittwoch kurz vor Mittag auf dem Krupp-Grusonwerke der Arbeiter Senz. Der Tod trat sofort ein. —

— **Von der Feuerwehr.** Am Mittwoch nachmittag nach 2 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Hause Hauheißstraße 3 gerufen, woselbst durch das Ausbrechen eines Schornsteins auf dem Nachbargrundstück mehrere Wäschestücke und der Dachbelag des Trockendachs in Brand geraten war. Die Gefahr war durch Hausbewohner vor dem Eintreffen der Feuerwehr bereits beseitigt. — Um 6¼ Uhr abends wurde die Feuerwehr um Entsendung der großen Maschinenleiter ersucht, um eine Fahne, die an der Augustaschule auf einem Telegraphendraht lag, zu entfernen. —

— **Der Mieter-Vau- und Sparverein (E. G. m. b. H.)** hält am 5. September, abends 8 Uhr, in der „Bürgerhalle“, Knochenhauerstraße 27/28, seine Generalversammlung ab. —

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht Magdeburg.

Sitzung vom 3. September 1903.

Vorsitzender: Stadtrat Lübbeck. Beisitzer: Kaufmann Nahrz und Uhrmacher Klode, Arbeitgeber; Drechsler Ernst und Arbeiter Hoffmann, Arbeitnehmer.

Gegen den Kolonnenführer Bauarbeiter Wüttner richtet sich die Klage des Arbeiters Raab auf Zahlung eines Abordnungslohnes von 8,50 Mark. Beklagter bestreitet die Forderung mit dem schon hinlänglich bekannten Einwand, daß Kläger nicht bereit gearbeitet hat, um noch einen Nachschuß verlangen zu können. Bestimmte Abmachungen bezüglich der Lohnhöhe haben nicht stattgefunden, weshalb Kläger auf seiner Forderung beharrt. Schließlich kommt ein Vergleich dahin zu stande, daß Beklagter an den Kläger noch 5 Mark zahlt. Damit ist die Sache erledigt. —

Das Dienstmädchen Köhler, vertreten durch den Rechtsanwalt Köhler, verlangt von dem Restaurateur Müller 2,50 Mark Restlohn und Auslieferung des einbehaltene Dienstbuches. Beklagter erkennt die Forderung an und übergibt Dienstbuch und Geld dem Vertreter der Klägerin. —

Der Wächter Ludwig glaubt an den Prehmeister Meßlin eine Restlohnforderung von 11,75 Mark zu haben. Es stellt sich aber heraus, daß Beklagter bereits an die Ehefrau des Klägers 4,50 Mark gezahlt hat. Jede weitere Forderung bestreitet er. Es findet eine Einigung dahin statt, daß Beklagter an den Kläger noch 40 Pf. und an dessen Ehefrau noch 8 Mark zahlt. —

Eine Lohnentschädigung von 44,40 Mark verlangt der Maler Gehn von dem Maschinenfabrikanten Schulz wegen Kündigungsloser Entlassung. Er wird aber mit seiner Forderung kostenpflichtig abgewiesen, weil in dem Betriebe des Sch. keine Kündigung besteht. —

Eine Restlohnforderung von 4,25 Mark, die der Kaufmann Waldeweg gegen den Obsthändler Seeboth geltend macht, erkennt derselbe an und zahlt den Betrag sofort aus. —

Der Kutscher Bornmann glaubt an den Selterswasserfabrikanten Eggert eine Forderung von 42 Mark für Lohnentschädigung zu haben, weil ihm seine Papiere nicht ausgehändigt worden sind. Es stellt sich aber in der Verhandlung heraus, daß Kläger schuld daran ist, weshalb seine kostenpflichtige Abweisung erfolgt. —

Der Kellnerbursche Stoid klagt gegen den „Automat“-Restaurateur Mahlede auf Zahlung eines Restlohnes von 7,30 Mark einschließlich dreier Tage Kostgeld. Der Beklagte legt dem Gericht einen Nebenbescheid des Klägers vor, nach welchem er keine Forderung mehr an den Beklagten hat. Der Vertreter des Klägers, Gürtler Hähnchen, macht geltend, daß sein Mandatgeber nicht berechtigt war, einen derartigen Schein zu unterschreiben. Das Gericht ist jedoch anderer Meinung, stellt aber dem Beklagten anheim, an den Kläger freiwillig noch eine Entschädigung zu zahlen. M. zahlt darauf noch 2,40 Mark. —

Der Arbeiter Berner behauptet, von dem Meister Wittmeier bei der Firma Gräbe & Bünzel zur Arbeit angenommen, jedoch schon nach einigen Stunden von dem Buchhalter der Firma entlassen zu sein. Meister W. gibt an, daß er den Kläger nicht für bestimmt angenommen, sondern ihm nur Arbeit in Aussicht gestellt habe. Durch Vorlegung eines Buches mit der Unterschrift des Klägers wird dieses bewiesen. Da Meister W. aber die Inhaberkarte in Empfang genommen hat, werden dem Kläger noch 2 Mark Entschädigung zuerkannt. —

Letzte Nachrichten.

(„Herald“, Depechen-Bureau)

Frankfurt a. M., 8. September. Der „Frankf. Bzg.“ wird aus Genf gemeldet: Alfred Drehsus ist gestern hier angekommen; er bewohnt eine Villa am See, im Dorfe Cologny. Die Villa wurde ihm von einem Genfer Freunde auf einen Monat zur Verfügung gestellt. Es heißt, Drehsus werde hier in aller Stille Dokumente für seine Rehabilitierung sammeln.

Clermont-Ferrand, 8. September. Zwei ernste Zwischenfälle haben sich während des Manövers ereignet. Vorgestern, als das 92. Infanterie-Regiment in der Nähe von Courcelle manövierte, fielen mehrere Kugeln in der Nähe einer Offiziersgruppe nieder. Unter den Offizieren befand sich auch der Oberst. Das Manöver wurde sofort eingestellt. Das Regiment wurde sofort in die Kaserne zurückgeführt, wo eine strenge Untersuchung eingeleitet wurde. Man vermutet einen Macheakt. —

Hannover, 8. September. (Eig. Draht.) In der Krenberg-Offiziers-Kasse wird nun doch in Kürze ein Disziplinarverfahren gegen die als schuldig ermittelten Beamten eingeleitet werden. Tagtäglich werden Beamte, die in dem Verdacht stehen, an der Kasse beteiligt zu sein, vernommen. Zwei Hilfskassierer wurden bereits entlassen, während gegen drei etatsmäßige Kassiererscheiter das Verfahren noch schwebt. —

Gefängnisgeheimnisse.

Hannover, 3. September. (Eig. Draht.) Im hiesigen Gerichtsgefängnis wurden vor einigen Tagen große Unregelmäßigkeiten entvedt. Der Tischler Bied, der seinerzeit bei dem Gefängnisdirektor einen Einbruchdiebstahl ausführte und deshalb zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt war, hat jetzt verschiedene Kusagen gemacht. Danach wurde er während der Strafverbüßung als Tischler zu sogenannten besseren Arbeiten verwendet. Er beschuldigt zahlreiche Gefängnisbeamte des Holzdiebstahls und ferner gibt er an, daß er selber zur Verrichtung von Privatarbeiten verwandt worden sei. Die eingeleitete Untersuchung hat die Richtigkeit der Aussagen ergeben. Mehrere Beamte haben sich aus geflohlenem Holz Möbel aller Art herstellen lassen.

Gegen acht Beamte schwebt zur Zeit das Disziplinarverfahren. Ein älterer verheirateter Beamter wurde sofort entlassen. Mehrere der Beamten sind auch in die Krenberg-Offiziers-Kasse verwickelt. —

Briefkasten.

H. M., Hirschleben. Sie haben ganz recht, aber in Privatangelegenheiten müssen wir uns nicht die Sorgen machen. Sie haben selbst regeln. —

M. M., Queblinburg. 1. Selbstverständlich. 2. Das ist gleichgültig; persönlich oder durch das Kartell. 3. Ja! Nur dürfen event. Abzüge vom Lohne nicht gemacht werden. —

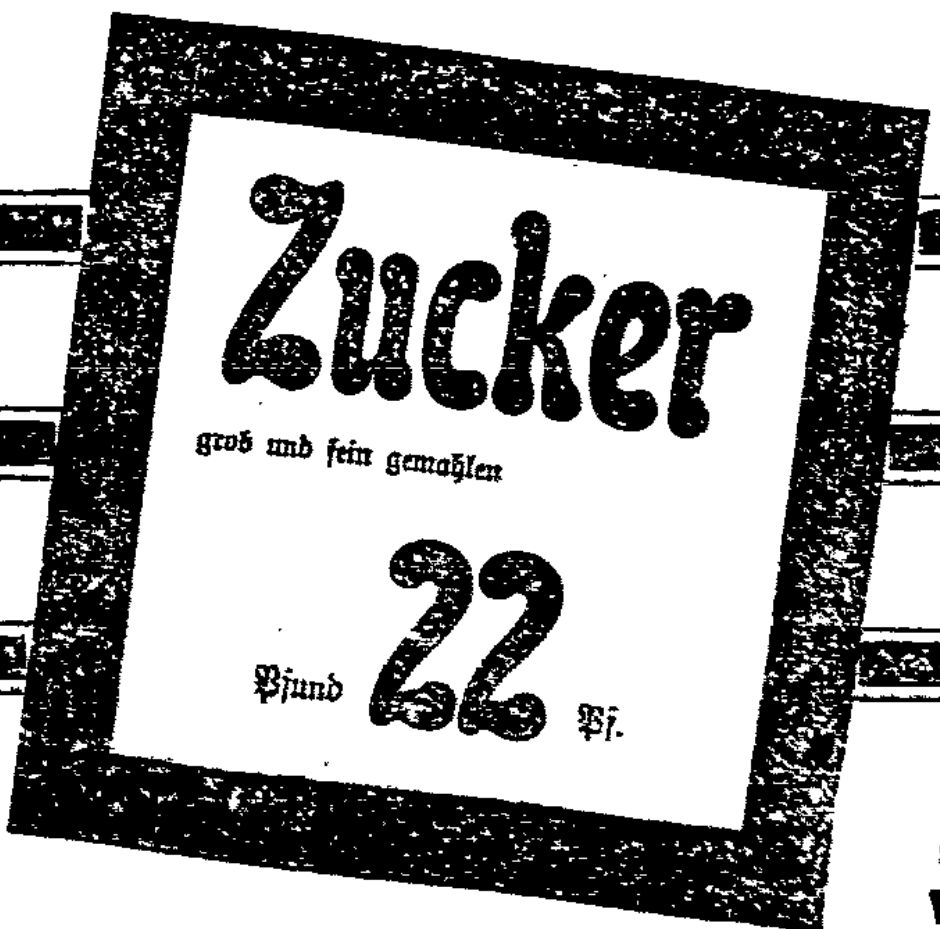
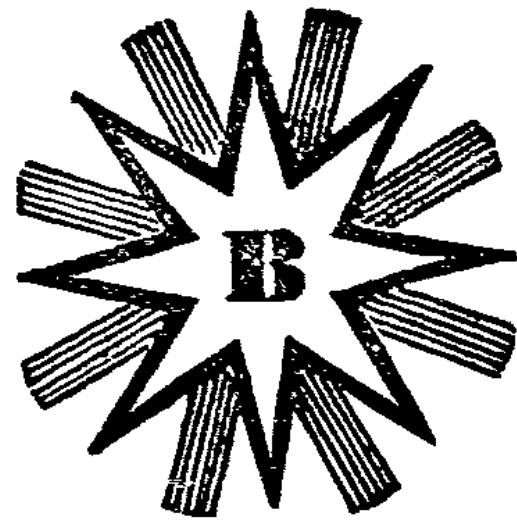
188, Schönebeck. Wenn eine Frau bei einem Kaufmann einen Gegenstand für den Haushalt bestellt, muß der Mann dieselben auch bezahlen. Nachdem der Kaufvertrag unterschrieben ist, gibt es kein Zurück mehr. Lesen Sie sich unsern Artikel in Nr. 199 der „Volksstimme“ „Zur Warnung“ durch. —

W. L., Oldenstedt. Donnerstag unmöglich, sonst jeden Tag. **M. G., Neustadt.** Sie haben jemand, der in Krossen wohnt, Geld geliehen und bekommen es nicht zurück. Schreiben Sie doch sofort an das fürstliche Amtsgericht in Krossen: Ich der Unterzeichnete habe dem . . . (volle Adresse) am . . . ein bares Darlehen von . . . Mark mit der Bedingung sofortiger Rückzahlung gegeben. Da Rückzahlung nicht geleistet wird, beantrage ich wegen obigen Betrags nebst 4 Prozent Zinsen seit Zustellung Erlaß eines Zahlungsbefehls. (Unterschrift und volle Adresse). — Vorher können Sie den Schuldner noch zu sofortiger Zahlung auffordern. —

Warenhaus

Gebr. Barasch

Heute und folgende Tage



Nur soweit Vorrat.

Deutscher Metallarb.-Verband

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Fernsprech-Anschluss Nr. 404. Bureau: Knochenhaueruferstr. 27/28, I.

Versammlungen finden statt:

Sonabend den 5. September, abends 8 1/2 Uhr
Bezirk Sudau im Thaliaaal, Dorotheastr. 14.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen H. Risch.
2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Bezirk Neue Neustadt

im Saale des „Weißen Hirsches“, Friedrichsplatz 2.

Tages-Ordnung:

1. Die Verhandlungen und Beschlüsse der letzten Generalversammlung in Berlin. Referent: G. Hähnel.
2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Bezirk Salzte-Weisterhüsen

im Lokale des Herrn Andr. Naack in Salzte.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)
2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Wir erwarten einen guten Besuch dieser Versammlungen und ersuchen ferner darum, umgehend mit den Protokollen und Programmen abzurechnen.

Die Verwaltung.

Öffentl. Versammlung

aller

Instalateure und Klempner

am Sonnabend den 5. September, abends 8 1/2 Uhr
im Lokale der Wm. Müller, Tischlerstr. 22.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission über die eingeleiteten Schritte.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Kollegen! Die letzte Versammlung hat den Beschluss gefasst, dass die Kommission möglichst schnell prüft, ob ein Bescheid in diesem Jahre zweckmäßig ist oder nicht. Die Kommission wird am Sonnabend diesen Bescheid mitbringen. Dazu gehört, dass alle Kollegen ohne Ausnahme anwesend sind. Sollte befehle hier.

Der Einberufer.

Deutscher Holzarb.-Verband

Ordnungsstelle Magdeburg.

Bureau: Fackelsberg 5. Sprechstunden 8-3 und 4-7.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend den 5. September 1903, abends 8 Uhr
im „Bürgerhaus“, Stephansbreite 38.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen H. Leck. 2. Diskussion.
3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.

Bitte alle Kollegen zu einem guten Versammlungsbesuch zu ermahnen. Wenn jemand einen im Voraus Bescheid an die Verwaltung schicken möchte, so ist dies sehr willkommen.

Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Verwaltung Magdeburg.

Bureau: Stephansbreite 38. Fernsprech-Anschluss Nr. 276.

Versammlung der Kutcher und kaufmännischen Arbeiter

am Sonnabend den 5. September, abends 8 1/2 Uhr
im „Bürgerhaus“ (H. Saal), Spitzgärtchenstr. 10.

Tages-Ordnung:

1. Der Antrag in einem Bescheid zur Befreiung der Arbeitszeit um 15 Minuten. Referent: Kollege Ferd. Bender.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Halberstadt.

Verband der Brauer und Brauereiarbeiter.

Sonntag den 6. September, nachmittags 3 Uhr, findet im Gewerkschaftslokale unter Versammlung statt.

Konsum-Verein Neustadt

G. G. R. I. D.

Die ordentliche General-Versammlung des dritten Vierteljahres 1903 findet am

Montag den 7. September 1903, abends 8 1/2 Uhr
im „Inkrupat“, Spitzgärtchenstr. 10

statt. Die Tagesordnung liegt in sämtlichen Verkaufsstellen aus und machen wir darauf aufmerksam, dass der Zutritt zu dieser Versammlung nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet ist.

Der Vorstand.

„Odeum“, Halberstadt.

Grosses Preisegel
Sonntag den 6. September, von 11 Uhr bis Sonntag den 13. September, abends 7 Uhr.
Während der Woche von nachmittags 4 Uhr an.
Sind sich nicht im Programm zu haben, wenden sich die Preise angefordert.
In der Sonntags von 11 Uhr nachmittags an: **Offenbacher Hall**
In sämtlichen Bäckereien werden ebenfalls ein **Brot & Morel**.

Lampen!

Küchenlampen
Tischlampen
riesig billig
bei

Reinhold Steiner
Neustadt 555
Lübeckerstr. 30 c.

Jede Hausfrau
versuche
„Edelweiß“, arom. Waschlappulver
„Perol“, Bleichsoda
„Aprolo“, Glanz-Stück.

G. E. Runtze, Olivenstr. 10
Fabrikation chem.-tech. Präparate.

Gross-Ottersleben
Als Leinwandwäckerin empfiehlt sich
Frau Pietschmann, Oster-
weddingstr. Nr. 3. 212

Geld!

Leichtes und großes
Leihhaus
Adolph Michaelis
Apfelstr. 16, I.
Sorgfältige Aufbewahrung
Schnelle Erledigung
Strengste Verschwiegenheit
Geöffnet 391
bis 8 Uhr abends.

Freitag

Lebensmittelpost 526
Schallisch
das Pfl. 16 Pf.
Butterhandl. „Edelweiss“
Sudenburg
40 Halberstädterstr. 40.

Schönebeck
Donnerstag den 3. September
abends 8 Uhr
im „Bürgerhaus“ (Saal)
Volkvereins-
Versammlung

Tagesordnung:
1. Berichterstattung von der
Generalversammlung, Kreis-
konferenz und Regierung-
bezirks-Konferenz.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.



Fr. Bethge
Druckerei der Volks-
stimme-Magdeburg
Grosse Münzstrasse Nr. 3

fertigt schnellstens
sauber, preiswert:

- Versammlungszettel
 - Flugblätter
 - Plakate
 - Statuten, Qualitäts-
bücher
 - Sämtliche Formulare
für Krankenkassen
u. Gewerkschaften
 - Programme
 - Eintrittskarten
 - Drucksachen für Pri-
vate und Geschäfte
- Huswärtige Aufträge
werden prompt erledigt

Rußb.-Möbel
sowie ganze Ausstattungen zu
Fabrikpreisen abgegeben
187 Al. Marktstr. 2, 1 Et.

Schliestedts Konditorei
empfiehlt täglich frisches 340
Kaffee- u. Gegebäck.
Spezialität: Gatterweibäck.
Ecksteinstr. u. Bismarckstr.

Anträge auf zur öffentl.
Versteigerung nimmt entgegen
E. Wolff, Auktionator,
Schwerfstr. 14.

Billig 242
kaufen Sie Herren-, Damen- u.
Kinder-Schuhe u. Stiefel aller
Art, sowie Herren-, Knaben-
und Arbeiter-Garderoben bei
E. Wolff, Schwerfstr. 14.

Bäder jeder Art
verabfolgt 154
Kur- u. Bade-Anstalt
H. Arnstadt, Fabrikstr. 103
Bismarckstr. 25 und 50 Pf.
Inh.: Gustav Engel.

Was muß man
von der
Anorganischen Chemie
wissen?
Von Dr. W. Baringer.
Preis 1 Mark.
zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme.

Küchenzettel
der Magdeburger Volksstimm-
druckerei 5.
Freitag: Grüne Bohnen mit Hammel-
fleisch.
Einen Schwedeleserling findet z. 1. Dtt.
Graf Wirth, Halberstädterstr. 110.

Walhalla
Jeden Abend
Große Spezialitäten-
Vorstellung. 474

Viktoria-Theater.
Freitag den 4. September 1903.
Charlotts Zante.
Sonnabend den 5. September 1903.
Der Herr Senator.



Pfeil-Wringmaschinen
sind die besten der Welt, weil die
Güte und Stärke des Gummis sie vor
allen anderen auszeichnet. Das dazu verwen-
dete hervorragende Material ist auf das
Sorgfältigste doppelt verzinkt und
dadurch sicher gegen Rost geschützt.

A. ROSE, MAGDEBURG
Gegründet 1865. Preisliste mit
Abbildungen frei
und umsonst.
Zweig-Geschäfte
und Vertreter an
allen grösseren
Plätzen.

826

Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.
Grosse Münzstrasse 1a.
Kostenlose Auskunft mittags von 12-1, abends von 5-7 Uhr
an organisierte Arbeiter in gewerblichen Streitigkeiten, Alters-
Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung, Gewerbeaufsicht, Vereins-
und Versammlungsbuch sowie Arbeiterrecht. Vermittlung von Be-
schwerden an den Gewerbe-Inspektor. — Verbandsbuch legitimiert.

Städtische Arbeitsnachweisstelle
Magdeburg
unentgeltlich
Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeits-
kräften, sowie feinerem Personal nach hier und auswärts.
Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150-2155.
Geöffnet:
Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
Weibliche 10-1 4-7
Männliche Abteilung: Fackelsberg 13, Hof rechts.
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwachstr. 5.

Die Neue Zeit
Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie
bringt u. a. in Nr. 48 nachstehendes:
Fr. Mehring, Ein Schmerzschrei.
Helma Steinbach (Hamburg), Wir am Aufbau.
August Erdmann, Das Programm des Zentrums.
Dr. Otto Liebkecht, Ueber Radium und die radio-
aktiven Stoffe.

Preis pro Nummer 25 Pfennig
einzeln zu haben in der
Buchhandlg. Volksstimme.

Bitte zu beachten!
Wieder vorrätig:
Ein Held des Geistes und des Schwertes

Historischer Roman aus den Zeiten des Hansabundes
Von H. Otto-Walster.
Preis gebunden nur 1.75 Mk.
(Früherer Preis ca. 5 Mk.)
Dieser vor mehreren Jahren in der „Volksstimme“ abgedruckte, sehr
bemerkenswerte Roman dürfte sicher das Interesse mancher Leserin, manch
Lesers wecken.

Wir bitten um baldige Bestellung!
Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Jakobstr. 49.

Gardinen
erhalten eine
wunderbar schöne Färbung
durch die flüssige Cremefarbe
„Flava“
Vorrätig in Flaschen zu 10 u. 20 Pf. in sämtlichen Lagern des
Konsum-Vereins Neustadt. 197

Fermersleben.
Stillers Vergnügungs-Etablissements
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Großes Garten-Konzert.
Von 6 1/2 Uhr an: Großer öffentlicher Tanz.
Zur gefl. Kenntnis, daß die feinsten Fisch-Decorationen vom groß-
artigen nur noch am Sonntag zu sehen ist; dergleichen die hoch-
schätzbarsten Gewerkschaftswappen-Decorationen. Der Saal ist in
Fisch-Aquarium mit schwimmenden Fischen umgewandelt.
Kommt, sehet und staunet! Es ladet ergebend ein
Emil Stillers.